

Als Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Leipzig

23. F.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

2/IV/45 - 25. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	<u>Verwirrung im Quadrat</u>	50
	Zum neuesten Beispiel deutscher Außenpolitik	
	Von Fritz Senger	
2 - 3	<u>Hoffnung für Bauparier?</u>	65
	Zur Sauland-Debatte im Bundestag	
4 - 5	<u>Königin-Besuch mit Schwierigkeiten</u>	53
	Grossbritannien und Nepal	
5 - 6	<u>Lebendige Demokratie im Betrieb und in der Gemeinde</u>	49
	Von Fritz Eschische	
7	<u>Kein Wort verstanden</u>	48
	Der Fall Dr. Autenrieth - Es geht um die akademische Freiheit	

\* \* \* \* \*

## Verwirrung im Quadrat

Von Fritz Sänger

Wo ist in der Geschichte der Methoden deutscher Regierungspraxis das Beispiel der Planlosigkeit, der Zerfahrenheit und des Mangels an Weitsicht und Entschlusskraft, das dem entspricht, welches heute von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einer aufmerksam und erstaut zuschauenden Welt geboten wird? Ein Wirtschaftsminister, der stets alle Lorbeeren selbst um eine vom ewigen Streit zerfurchte Stirn zu flechten bereit ist, hatte "die Grenze des Möglichen" erreicht, als er das angebliche Höchstmaß des deutschen Beitrages für die Entwicklung ehemals kolonialer Länder angab. Sie wurde vielfach überschritten. Ein Finanzminister sagte nein zu jeglicher Erhöhung irgendeiner Summe. Ein Außenminister aber bewilligte den achtfachen Betrag oder mehr und ein Kanzler - ihm ist von alledem so dumm, als ging ihm ein Kuhrad im Kopf herum. Aber wir werden es hören: es herrscht volle Einmütigkeit!

Das ist die Situation der Bundesregierung unter Konrad Adenauer heute und im Angesicht der Weltöffentlichkeit. Die deutsche Öffentlichkeit wird daneben einige Gedanken über die nun folgenden Steuererhöhungen anzustellen haben. Aber die kommen erst nach den Wahlen, weil man vorher noch die Stimmen braucht.

Wie stellt sich diese Regierung ihre Position in kommenden internationalen Verhandlungen vor, nachdem sie erneut in unübersichtlicher Verwirrung "ja" und "nein" und "doch" und "eigentlich" zur gleichen Zeit und ständig wechselnd gesagt hat? Wie denkt sie nach einem solchen - und doch nicht einmaligen - Beispiel der Konzeptionslosigkeit und der Diskharmonie der entscheidenden Persönlichkeiten des Kabinetts über ihre eigene Glaubwürdigkeit? Das deutsche Volk müsste eine Antwort hören, die es beruhigt und die Welt müsste erfahren, wie dieser erstaunliche Stil internationaler Diplomatie mit den sonst üblichen Gepflogenheiten wieder in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Denn die Bundesrepublik kann es sich am Beginn einer neuen Ära der ausenpolitischen und diplomatischen Aktivität nicht leisten, von ihrer Regierung ohne sicheren Plan geführt zu werden. Experimente, wie sie Dr. Adenauer vor allem in den letzten Jahren seiner Regierungstätigkeit ohne Scheu und in wachsender Zahl unternahm, bald nach Ost und bald nach West, bald nach Paris und bald nach London - Experimente sind das, was die deutsche Situation am wenigsten vertragen kann.

Er und seine Regierung waren aus antlichen und nichtantlichen Quellen ausreichend früh über die Lage und die Wünsche des grossen Freundes jenseits des Ozeans unterrichtet. Hätte man statt Illusionen einen nachstern Sinn gehabt, so wäre es nicht nötig, heute in ermüdender und immer weniger überzeugender Wiederholung von der vollen Einmütigkeit im Bekenntnis zur Freiheit Berlins zu sprechen, wenn doch nur gelegentliche Bemerkungen zu einer an sich selbstverständlichen Haltung gefallen sind, deren Wir ohnehin gewiss sind. Das deutsche Volk hat unter der Umwertung aller Werte schon einmal grausam gelitten und wurde an den Rand des Ruins gebracht. Wir wollen darum auf die Unversehrtheit einer Aussage nicht verzichten. Milliarden sind Milliarden, aber eine ist nicht gleich acht; Steuern sind von den Bürgern aufzubringen, und die Freiheit ist uns nicht nur ein Kommuqu wert. Ein Bündnis in dieser Lage der Weltpolitik braucht klare Partner. Ein aufgeschrecktes Huhnervolk ist eine lockende Beute für einen wachsamem Fuchs.

### Hoﬀnung für Bausparer?

sp - Zum Abschluss der Bundestagsdebatte über die Grenz-Anfrage der SPD über die Baulandpreise und die fortgesetzte Steigerung der Bodenpreise ist ein zwar umfangreicher, aber im materiellen Inhalt sehr weicher und grösstenteils unverbindlicher CDU-Antrag angenommen worden. Das ergab sich nicht aus dem Ablauf der Debatte und den Schwerpunkten der vorgebrachten Argumente, sondern ausschliesslich auf Grund der parlamentarischen Mehrheit. Auch die SPD konnte diesem Antrage im Wesentlichen zustimmen, da er das Allermindeste enthielt, was gegen die fortgesetzten Bodenpreissteigerungen zu tun ist.

Die wesentlich konkreteren und auch in der Wirksamkeit weitergehenden Anträge der SPD sollen zunächst in dem zuständigen Bundestageausschuss beraten werden. Die SPD-Fraktion wird darauf wachen, dass sie dort nicht einfach begraben werden und untergehen.

Diese Anträge sehen vor, dass die Bereitstellung von Bauland aus dem Grundbesitz des Bundes nicht nur deklaratorisch bekanntgegeben, sondern auch tatsächlich und alsbald durchgeführt wird, und zwar dadurch, dass diese Grundstücke bis 1. Mai den Gemeinden angeboten werden. Die Gemeinden haben es jetzt auch bereits in der Hand, alsbald mit entsprechenden Anträgen an den Bund heranzutreten. Mit dem Angebot braucht nach Ansicht der SPD nicht gewartet werden, bis ein Gesetz gemacht ist. Dazu genügen auch Verwaltungsmassnahmen. Die SPD forderte in der Debatte und in ihrem Antrag, dass die Preise für diese Grundstücke so gestellt werden, dass wirklich einühlbarer Preisdruck am ganzen Markt des Baubodens nachhaltig erzielt wird. Darauf kommt es an, nicht aber, dass nur einige wenige begünstigte oder Bevorzugte ein Sondergeschenk erhalten. Die SPD warnte vor solchen Absichten. Sie verlangt in ihren Entschliessungen auch, dass die vom Bund abzugebenden Grundstücke nicht in die Hände der Grundstückspekulation fallen und nur dazu benutzt werden, wieder neue Bodengewinne zu erzielen. Deshalb müssen nach ihrem Antrag Schutzbestimmungen gegen eine spekulative Ausnutzung eingebaut werden.

Das Wichtigste ist jedoch in der zweiten Entscheidung vorgesehen, die gleichfalls nur weit von Beratung an den zuständigen Bundestagsausschuss geleitet wurde. Darin fordert die SPD erneut, dass gegen die fortgesetzten Steigerungen der Baulandpreise und gegen die Bodenspekulation dadurch vorgegangen wird, dass eine Abgabe vom unverdienten Wertzuwachs erhoben, also die Bodengewinne abgeschöpft werden.

Das ist für die SPD nichts Neues, denn das hat sie bereits vor einem Jahr bei den Beratungen des Bundesbaugesetzes verlangt. Das ist aber damals schon, wie auch jetzt wieder, abgelehnt worden. Die Bundesregierung und die CDU gaben erneut zu erkennen, dass sie diesem Verlangen nicht entsprechen werden. Die Bundesregierung bagatellierte in ihrer Stellungnahme die Situation am Bodenmarkt und erklärte, dass von einer allgemeinen Steigerung der Bodenpreise nicht gesprochen werden könne. Demgegenüber legten die Sprecher der SPD eindringlich dar, dass die im Bundesbaugesetz vorgesehenen Maßnahmen gegen die Bodenspekulation und den Bodenzucker sich als völlig wirkungslos erwiesen hätten, wie dies schon bei der Beratung des Bundesbaugesetzes vorausgesagt wurde. Alle damals ausgesprochenen Befürchtungen sind bestätigt. Auch das Angebot des Bundes, Bauland zur Verfügung zu stellen, werde allein nicht ausreichen, um die Bodenpreisteigerungen zu verhindern, so wertvoll ein solches Angebot für die Gemeinden sei. Wenn man etwas Wirksames gegen die Bodenpreisteigerungen unternehmen wolle, müssten sich auch die Bundesregierung und die Regierungsparteien dazu bereit finden, die Bodengewinne zu erfassen und den unverdienten Wertzuwachs aus den Bodenwertsteigerungen abzuschöpfen.

Die SPD-Fraktion wird in den weiteren Beratungen über ihren Antrag an den zuständigen Bundestagsausschuss erneut und eindringlich darauf hinwirken, dass endlich auch die Bundesregierung diesen entscheidenden Schritt gegen die Bodenspekulation wirksam unternimmt.

### Königin-Besuch mit Schwierigkeiten

. . E.P. - Der vor kurzer Zeit erfolgte Sturz der nepalesischen Regierung durch König Mahendra hat nunmehr die britische Regierung in Verlegenheit gebracht. Der direkte Anlaß für diese Verlegenheit ist das Programm der britischen Königin, die auf ihrer Reise durch Südostasien am 27. Februar Nepal besuchen soll. Die Königin, als Vertreterin der ältesten Demokratie, müßte bei ihrem Besuch dann Gast des Mannes sein, der die erste demokratisch gewählte Regierung in Nepal eigenmächtig verhaften ließ.

Die Mißachtung demokratischer Einrichtungen durch König Mahendra ist der Grund, warum der frühere stellvertretende Ministerpräsident, Subarna Shamsar und einige Parlamentsabgeordnete, die rechtzeitig nach Indien fliehen konnten, die britische Königin bitten, von ihrem geplanten Besuch in Nepal Abstand zu nehmen. In einem Schreiben an Königin Elizabeth heißt es: "Wir sind besorgt über den Versuch des nepalesischen Königs, den Besuch Ihrer Majestät als eine stillschweigende Anerkennung seiner despotischen Handlungen auszulegen. Wir bitten Sie daher inständig, Ihren Besuch bis zu der Zeit zurückzustellen, wo die nepalesische Bevölkerung in der Lage ist, Ihnen einen enthusiastisches und echtes Willkommen zu entbieten".

Die Antwort der britischen Regierung steht noch aus, aber wie immer die Entscheidung ausfällt, wird ein Unbehagen zurückbleiben. Einen Monat später nämlich werden sich die Chiefs der Länder in London versammeln, die zum britischen Commonwealth gehören, und es ist damit zu rechnen, daß Nehru oder Frau Bandaranaike aus Ceylon den Umsturz in Nepal zur Sprache bringen werden.

Der König von Nepal hat nie einen Fehl aus seiner Abneigung gegen demokratische Einrichtungen gemacht. Als er schließlich dennoch zur Abhaltung freier Wahlen gezwungen wurde, konnte die Nepali-Kongresspartei fast eine Zweidrittelmehrheit erringen. Damit wurde ihr Vorsitzender, B.P. Koirala, Ministerpräsident, gegen den der König eine besondere Antipathie hat. Koirala ging mit großem Elan und viel Umsicht an die Arbeit, um sein Land von der reaktionären Feudalstruktur zu befreien.

Trotz des Sieges der Kongresspartei war der organisatorische Aufbau dieser Partei sehr locker und entsprach keineswegs den Bedürfnissen.

Die Feinde der Kongresspartei dagegen begannen systematisch ihre Kräfte zu sammeln. Als wichtigster Gegner muß der Hof bezeichnet werden, der noch immer über eine traditionell gebundene Autorität verfügt. Auch die Armee und besonders ihr Oberbefehlshaber ist dem Hofe treu ergeben. Die kleine rechtsgerichtete Gorkha-Partei unterstützte den König, um die Interessen ihrer Großgrundbesitzer zu vertreten. Schließlich scheute man sich auch nicht, den Kommunisten Vorschub zu leisten, um nur die Regierung zu stürzen.

Einem alten Brauch entsprechend wurde der Staatsstreich mit viel List und Tücke vorbereitet. Der König, der nur den Oberbefehlshaber ins Vertrauen gezogen hatte, gab in den letzten Wochen den Anschein, als ob er im besten Einvernehmen mit der Regierung sei. Dann ließ er die Minister und hohen Parteiführer zu ausgedehnten Abendessen einladen, um sich mit ihnen freundschaftlich zu unterhalten. Die Verhaftung erfolgte dann anschließend.

Um die Standes- und Besitzrechte seiner Freunde zu retten, hat der nepalesische König nicht nur die demokratischen Freiheiten zerstört, sondern auch China eine Waffe in die Hand gegeben, die zu gegebener Zeit dem nepalesischen Volk einschließlich des Hofes den Garaus machen könnte.

+ + +

#### Lebendige Demokratie im Betrieb und in der Gemeinde

Von Fritz Zschiesche

In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen überschneiden sich in diesem Frühjahr die Kommunalwahlen mit den Vorbereitungen zu den Betriebsratwahlen. Der Wahltermin der Kommunalwahlen fällt z.B. fast mit dem für alle Bergbaubetriebe im Bundesgebiet festgelegten Zeitraum der Betriebsratwahlen (21. - 23. März) zusammen.

Das mag für viele Betriebsräte, die zugleich Gemeindevertreter sind, eine starke zusätzliche Belastung mit sich bringen, ist aber andererseits der sichtbarste Ausdruck für die vielfältige Verzahnung politischen und betrieblichen Geschehens. Ein Beispiel lebendiger Demokratie im überschaubaren Bereich des Betriebes und der Gemeinde wird hierdurch demonstriert.

Es sind also nicht "die da oben", die regieren, sondern es sind die von unten, die im Interesse aller Menschen unseres Landes politische Verantwortung tragen. Und in beiden Fällen, im Betrieb und in der Gemeinde, können die Arbeitnehmer dazu beitragen, wer sie sind und wie sie aussehen, die da "oben" sitzen werden. In ihren Händen liegt die Entscheidung darüber, wer die Interessen der Arbeitnehmer und Bürger vertreten soll.

So wenig der einzelne im Betrieb allein auf sich gestellt sich durchzusetzen vermag, so wenig kann jeder einzelne Bürger seine Anliegen in der Gemeinde allein regeln. Dazu benötigt er demokratisch legitimierte Institutionen, den Betriebsrat und das Stadt- oder Gemeindeparlament. Wie der Betriebsrat aber den Rückhalt seiner starken Gewerkschaft braucht, um auf die Dauer erfolgreich arbeiten zu können, so brauchen die Stadtverordneten oder Gemeindevertreter die Stütze und Hilfe einer in der kommunalen Arbeit erfahrenen und erfolgreichen Partei wie der Sozialdemokratie. Sie und die Gewerkschaften sind am besten in der Lage und willens, die Lebensinteressen aller arbeitenden Menschen wahrzunehmen.

Jeder Arbeitnehmer hat das Bestreben,

seine Gesundheit zu erhalten,  
beruflich weiterzukommen, die  
Ausbildung und das Fortkommen  
seiner Kinder zu sichern,  
das Leben zu genießen und die Aussicht  
auf ein gesichertes Alter zu haben.

Wer davon nicht nur träumen oder sich dafür abrackern will, sagte kürzlich der Stellvertretende Vorsitzende der SPD, Herbert Wehner, der muss vernünftigerweise die Bemühungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften unterstützen, die Arbeitnehmer diesen Zielen Schritt für Schritt näher zu bringen.

Kommunalwahlen und Betriebsrätewahlen sind die nächste Gelegenheit dazu, Sozialdemokraten in die politische und betriebliche Verantwortung zu bringen. Beide Wahlen werden eine ausschlaggebende Bedeutung für den weiteren sozialen Fortschritt in unserem demokratischen Staat haben, wenn sie von allen Arbeitnehmern als die Gelegenheit wahrgenommen werden, in jeder Gemeinde erfahrene Sozialdemokraten in die kommunalen Parlamente und in jedem Betrieb und jedem Büro die zuverlässigsten Gewerkschaftler in die Betriebsräte zu wählen und damit den Willen zu bekunden, die soziale Demokratie durchzusetzen und auszubauen.

Kein Wort verstanden

W.P. Wenig Geschick bewies die Regierung Kiesinger in Lande Baden-Württemberg, als sie, anstatt sich eindeutig von den Aussagen ihres Hochschulreferenten Dr. Autenrieth zu distanzieren und sich zur im Grundgesetz garantierten Freiheit von Forschung und Lehre zu bekennen, einen Bierstanz aufführte, der seitdem die Gemüter der akademischen Welt in Erregung versetzt. Seit der Referent aus dem Kultusministerium vor dem Montagkreis der Stuttgarter CDU erklärt hat, dass die Beförderung eines seit 1949 an der Stuttgarter Technischen Hochschule tätigen Philosophieprofessors "wegen seiner religiös unfeindlichen Schriften" vom Ministerium abgelehnt worden sei, obwohl der Senat der Hochschule die Beförderung einstimmig befürwortete, geht es nicht um die Person jenes Professors, sondern um die "akademische Freiheit". Anfangs bestanden alle Aussichten, den "Fall Autenrieth" durch eine eindeutige Erklärung des Kultusministers aus der Welt zu schaffen. Dieser hielt sich jedoch zurück, bis eine Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag vorlag und gab dann gleich zwei unzureichende Erklärungen ab, die Aussagen seien als "Privatmann" gemacht und von der Presse entstellt wiedergegeben worden. Aber selbst nach als der Finanzausschuss den Kulturetat beriet und Dr. Autenrieths neue Erklärung hörte, die Freiheit der Forschung und Lehre habe dort ihre Grenze, wo Zweifel an der staatsbürgerlichen Loyalität eines Professors auftraten, ein blosses Kundtun atheistischer Auffassungen durch einen Professor gehörte nicht zu diesem Grenzbereich, hätte die Sache erledigt sein können.

Kurz darauf aber rief der streitbare Hochschulreferent des Kultusministeriums von Baden-Württemberg stürmische Proteste von Studenten und Professoren hervor, als er öffentlich erklärte: Nicht nur die Religionsfeindlichkeit, sondern vor allem die "Niveaulosigkeit" und mangelnde wissenschaftliche Qualifikation des Professors seien der Grund gewesen, seine Ernennung zum persönlichen Ordinarius abzulehnen. Schliesslich habe ein Beamter keinen Anspruch auf Beförderung. Ein Professor verwahrte sich unter dem tsenden Beifall der Studenten gegen die "Niveaulosigkeit", ein anderer machte deutlich, dass ein Hochschulschat sich von einem Ministerialbeamten über Fragen der wissenschaftlichen Befähigung nicht belähren lassen kann. Zumal, wie sich herausstellte, der Hochschulreferent die Bücher des umstrittenen Professors zwar gelesen, aber kein Wort davon verstanden hatte.

Die Ausführungen des Dr. Autenrieth vor den 700 Studenten stehen eindeutig im Gegensatz zu dem, was er und auch der Kultusminister im Finanzausschuss des Landtags erklärt hatten. Aus diesem Grunde beabsichtigt die SPD den Fall, der im deutschen Südwesten so viel Aufhebens macht, bei der zweiten Beratung des Etats nochmals zur Sprache zu bringen. Sie hat dabei nicht die Ansicht, sich in Angelegenheiten des Senats der Stuttgarter Hochschule einzumischen, ihr geht es vielmehr darum, dass sichergestellt ist, was das Grundgesetz bestimmt, dass niemand in seiner Hochschullaufbahn behindert wird, weil er beispielsweise Atheist ist. Die SPD missbilligt aber eckhärftens den öffentlich gegen eine Professor seitens eines Beamten ausgesprochenen Vorwurf der Niveaulosigkeit und erwartet, dass die baden-württembergische Landesregierung aus den Vorfällen Konsequenzen zieht.

+ + +

Verantwortlich : i. V. Albert Exler